

Profilbildung und Standortplanung der österreichischen Universitäten

Workshop der Österreichischen Forschungsgemeinschaft
12. - 13. 12. 2008

Standortplanung und Profilbildung der Universitäten aus österreichischer Sicht

Jürgen Mittelstraß

Vorbemerkung

Bildungssysteme, darunter die Universitäts- oder ganz allgemein die Hochschulsysteme, weisen in ihrer Entwicklung eher zufällige Elemente auf; vieles in ihnen läßt sich nur historisch erklären. Auch eine funktionale Betrachtungsweise, die das Bestehende hinsichtlich seiner Aufgaben erklärt, hilft darüber nicht hinweg. Schließlich verändern sich im Laufe einer Entwicklung auch die Aufgaben und verdanken sich nicht alle institutionellen Einfälle, die ein System bereichern, einer sach- oder funktionsbezogenen Betrachtungsweise.

Wer das bedenkt, versteht vieles nicht nur besser, was sich selbst als der institutionellen Weisheit letzter Schluß darstellt, sondern tut sich auch leichter, in Kategorien der Veränderung, einer an Gesichtspunkten institutioneller Vernunft und an Leistungsgesichtspunkten orientierten Veränderung zu denken. So stellen sich auch die universitären Verhältnisse dar. Daß es neben den (staatlichen) Universitäten mit einer oft langen europäischen Geschichte mittlerweile die Fachhochschulen, die Pädagogischen Hochschulen und Privatuniversitäten gibt, spiegelt keine Entwicklung, die von vornherein als eine solche geplant war, sondern unterschiedliche gesellschaftliche Interessenlagen, die nicht unbedingt etwas mit den begründeten Bedürfnissen der Wissenschaft und der Bildung zu tun haben. Das gilt auch in Fragen der Standortplanung der österreichischen Universitäten und Fragen ihrer Profilbildung.

1. Universität und Universitätspolitik

Die Universitäten bilden den Kern eines Wissenschafts- und Bildungssystems, auch den des österreichischen. Der Grund liegt darin, daß die Universitäten die Forschung mit der Lehre verbinden, und weil sie forschend und lehrend den wissenschaftlichen Nachwuchs ausbilden – für sich selbst, für andere Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen und für die Gesellschaft allgemein. Dabei kommt es nicht nur darauf an, nach Größe und Qualität den tatsächlichen Bedürfnissen von Wissenschaft und Gesellschaft zu entsprechen und für die notwendigen Ressourcen zu sorgen, sondern auch darauf, die Architektur eines Universitätssystems so zu gestalten, daß sich alle Systemteile, die universitären wie die außeruniversitären, optimal ergänzen. Das Problem liegt darin, daß dies vor dem Hintergrund eines historisch gewachsenen, also selbst in seiner Stimmigkeit nicht von vornherein gegebenen, Systems geschehen muß und dabei unter Wirkung eines Autonomieprinzips, das mit dem UG 2002 die weitere Entwicklung der österreichischen Universitäten bestimmt, auch noch Zielkonflikte entstehen, Konflikte zwischen den Entwicklungsvorstellungen der Einzeluniversität und einer Universitäts- und Wissenschaftspolitik, der es gerade um die Stimmigkeit einer Gesamtentwicklung und in diesem Zusammenhang um Planung und Steuerung gehen muß.

Das gilt insbesondere dann, wenn man zusätzlich auch noch internationale, insbesondere europäische Entwicklungen mit in Betracht zieht. Die Zeiten, in denen Wissenschaft, in institutioneller Hinsicht, und Bildung, etwa in Hochschulräumen gemessen, primär national definiert waren, sind definitiv vorbei. Universität und Bildung definieren sich heute europäisch – Pisa und das ERC (European Research Council) sind dafür Beispiele –, und wer hier, als Universität oder als nationale Wissenschafts- und Bildungspolitik, mitspielen will, z.B. dann, wenn sich das europäische Universitätssystem neu sortiert, Spitzenuniversitäten eine neue europäische Identität gewinnen, muß hellwach und selbst veränderungswillig (und verände-

rungsfähig) sein. Und hier ist Österreich, so scheint mir, mit seiner neuen Universitätsstruktur, die Autonomie nicht nur als Autonomie nach außen (gegenüber der politischen Welt), sondern auch als Autonomie nach innen (gegenüber sich selbst), d.h. als institutionell praktizierte Selbstbestimmung, versteht, und seinen neuen Forschungsinitiativen auf gutem Wege.

Dabei bedeutet die wachsende Europäisierung des Universitätssektors, daß unter Gesichtspunkten der Spitzenforschung und einer entsprechenden Ausbildung in absehbarer Zeit nur eine begrenzte Zahl, etwa 20 bis 30 Universitäten in Europa das Spitzenniveau bestimmen werden. In gewissem Sinne wiederholen sich dabei (und damit wiederhole ich auch mich selbst) spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Verhältnisse. Hier konkurrierten Oxford, Paris, Padua und Wien miteinander, nicht, auf lokaler Ebene, Oxford mit Glasgow, Paris mit Avignon, Padua mit Ferrara und Wien mit Graz. Diese Konkurrenz gab es, meist disziplinenbezogen, zwar auch, doch spielte die Wissenschafts- und Bildungsmusik in anderen Räumen, eben europäischen Räumen. So wird es, wie gesagt, in Europa wohl auch in Zukunft wieder sein. Also müssen sich heute jede Universität und jede Bildungspolitik auf nationaler Ebene, somit auch die österreichische, überlegen, welches ihre zukünftige Rolle sein könnte bzw. sein sollte. Wer jetzt nicht aufpaßt, wird den Zug verpassen, vorausgesetzt, man will sich überhaupt in eine europäische Richtung bewegen.¹

Das werden allerdings nicht alle können. Zu den institutionellen Voraussetzungen dafür gehören eine gewisse Größe mit einem entsprechenden disziplinären und Leistungsspektrum sowie ein leistungsfähiges wissenschaftliches Umfeld, das für wünschenswerte Synergien sorgt. Das wiederum bedeutet nicht, daß andere Universitäten keine Zukunft hätten. Schließlich werden Universitäten nicht nur der Spitzenforschung willen, d.h. aus rein wissenschaftlichen Gründen, gegründet, sondern ebenso, wenn nicht sogar primär, aus allgemeineren bildungs- und regionalpolitischen Gründen (wie in Österreich mit den Universitätsneugründungen Linz [1962] und Klagenfurt [1970] geschehen). Hier erfüllen sie eine Aufgabe, gemeint ist eine Bildungsaufgabe, die nicht so sehr das Bedürfnis der Wissenschaft, sondern das eines Landes oder einer Region ist. Das mindert zwar nicht die Anforderungen an Wissenschaftlichkeit, in der Humboldtschen Universität durch das Prinzip *Lehre aus Forschung* ausgedrückt, setzt eine Universität aber nicht dem unvernünftigen Zwang aus, etwas zu sein oder zu werden, was unter den nun einmal gegebenen Umständen unerreichbar ist. Neben einem Netz forschungsintensiver europäischer Spitzenuniversitäten wird es eben ein Netz renommierter europäischer Bildungseinrichtungen auf Universitätsniveau geben. Dazugehören ist dann ebenfalls eine anspruchsvolle Aufgabe, auf die sich die Mehrzahl der Universitäten in Europa, also wohl auch in Österreich, einzustellen hat. Das schließt im übrigen auch starke Allianzen mit Nachbarinstitutionen über alle Grenzen hinweg ein.

Dazu bedarf es allerdings einer neuen Ehrlichkeit in der Universitätspolitik. Die österreichische Wissenschaftspolitik steht, was die Universitäten betrifft, vor einem *Zielkonflikt*: Einerseits geht es darum, den Universitätszugang für alle Studierwilligen offenzuhalten – der so genannte 'freie Zugang' –, andererseits darum, an der allgemeinen Exzellenzentwicklung, die sich an einer Steigerung der institutionellen Leistungsfähigkeit von Forschung und Lehre (vor allem in dem angeführten europäischen Kontext) orientiert, teilzunehmen. Letzteres geht aber nur, wenn die Universitäten alle dazu erforderlichen Bedingungen selbst in der Hand haben. Zu eben diesen Bedingungen gehört auch – durch die übereilten und unüberlegten Parlamentsbeschlüsse vom 24. September 2008, unmittelbar vor den letzten Wahlen, also noch unter Wahlkampfbedingungen, in weite Fernen gerückt – ein geregeltes, besondere Eignung und Leistungsfähigkeit der Studierwilligen sicherstellendes Zulassungsverfahren nicht nur in der Master- und Doktoratsphase, sondern auch schon in der Studieneingangsphase. Schließlich gehören zu einer exzellenten Universität nicht nur exzellente Forscher und exzellente Lehrende, sondern auch exzellente Studierende.²

Vermutlich wird hier die Lösung des Zielkonflikts – nunmehr die Lösung der Zulassungsproblematik unterstellt – in einem *Differenzierungsprozeß* liegen, in dem die einzelnen Universitäten unterschiedliche Schwerpunkte, bezogen auf das unterschiedliche Gewicht, das Auf-

gaben in der Lehre und Aufgaben in der Forschung beigemessen wird, setzen. Schließlich hat – so läßt sich das auch ausdrücken – eine moderne Universität zwei Aufgaben: Kern eines Forschungs- und Wissenschaftssystems zu sein – davon war zu Beginn die Rede – und allgemeine Ausbildungsaufgaben, häufig regional orientiert, zu erfüllen. Hier wird sich, noch einmal, jede Universität entscheiden müssen, wo sie ihre Stärken bzw. wo sie, den Gegebenheiten gemäß, ihre eigentliche Aufgabe sieht. Dann ließe sich auch in der Forschungs- und Wissenschaftspolitik mit dem genannten Zielkonflikt produktiv umgehen.

2. Standorte und Profile

Standorte, Schwerpunkte, Profile – auch hier geht es darum, mit dem Gegebenen einfallreich und produktiv umzugehen. Standorte sind, wie sie sind, und wie sie historisch entstanden sind, und für Schwerpunkte und Profile gilt zunächst einmal das gleiche. Sie haben sich ergeben: im positiven Falle durch eine glückliche Berufungspolitik, durch einen sicheren Umgang mit (institutioneller und leistungsmäßiger) Ungleichheit, durch Verhandlungsgeschick und Drittmittelstärke. Außerdem ist das alles keine Sache schneller Entscheidungen. Ein Standort läßt sich nicht beliebig verschieben, Schwerpunkte beanspruchen lange Aufbau- und Bewährungsphasen, Profile wachsen langsamer, als man sich dies wünschen mag. Nur bei Einrichtungen, die schon bei ihrer Gründung ein unverwechselbares Profil zeigen, mag das anders sein.

Worum geht es im Grunde? Darum, daß sich die Universität wieder als ein ihre weitere Entwicklung *planendes Subjekt* begreift, daß sie ihre Stärken und Schwächen kennt und nach ihnen die nächsten Schritte ausrichtet, daß sie in allem, was sie tut, in erster Linie auf *Köpfe* setzt, also vor allem in Berufungen investiert und eine klare Vorstellung davon hat, mit wem oder was, mit welchen Wissenschaftlern und mit welchen Institutionen sie kooperiert und mit wem oder was sie in Wettbewerb tritt. Die Zeiten, in denen man sich auch als Universität treiben lassen konnte, sind definitiv vorbei, Zeiten, in denen man auf Politik und Ministerium schimpfte, weil diese vermeintlich alles falsch machten, aber insgeheim glücklich war, daß diese entschieden, was man selbst, weil den universitären Frieden störend, nicht entscheiden wollte. Herrschaftsverhältnisse können auch für die Beherrschten bequeme (fast hätte ich gesagt: glückliche) Zeiten sein. Autonomie, auf die sich jetzt alles reimt, hingegen ist auch eine Bürde; Glück und Unglück liegen weitgehend in der eigenen Hand, Ersatzschuldige gibt es nur noch in geringer Zahl.

Tatsächlich sind Schwerpunkt- und Profilbildung unter den gegenwärtigen Bedingungen Ausdruck praktizierter universitärer Autonomie. Hier tritt eine sich auf eine klare Schwerpunktbildung stützende Profilbildung an die Stelle des älteren Ideals einer *vollständigen* Universität, d.h. einer Universität, die noch das getreue Spiegelbild der wissenschaftlichen Entwicklung insgesamt bzw. institutioneller Ausdruck des gesamten wissenschaftlichen Wissens sein konnte. Das ist heute nicht mehr möglich.³ Ein sowohl durch die moderne Wissenschaftsentwicklung als auch durch finanzielle und organisatorische Begrenzungen bedingter Prozeß zwingt unter dem Gesichtspunkt einer begrenzten, 'endlichen' Universalität, die nunmehr an die Stelle einer unbegrenzten, 'unendlichen' Universalität tritt, zu spezielleren Profilbildungen. Diese wiederum müssen sich sowohl unter wissenschaftlichen als auch unter strukturellen und organisatorischen Gesichtspunkten zur Geltung bringen. Entsprechend wird der besondere Charakter einer modernen Universität in Zukunft weniger in ihrer disziplinären Vielfalt als vielmehr in besonderen Profilbildungen und entsprechenden Schwerpunktbildungen zum Ausdruck kommen. Im übrigen ist die Forderung nach einer Profilbildung, ganz abgesehen von größeren Zeiträumen, die sie braucht, um wirklich sichtbar zu werden, nicht einfach einzulösen; ihre Einlösung verbindet sich unvermeidlich – weil selbst in einer Universität nicht alles wissenschaftliches Gold ist, was da im Forschungs- und Lehralltag glänzt – auch mit dem Rückbau oder der Einstellung bestehender Forschungsbereiche und Studiengänge.

Dies wiederum könnte kleineren Universitäten, zu denen in Österreich, aber auch im europäischen Rahmen allgemein, die meisten Universitäten gehören, leichter fallen als großen.

Denn kleinere Universitäten sind, weil ihnen die Option, Wissenschaft in ihrer ganzen Fülle zu sein, nicht, auch nicht zu größeren Teilen, offensteht, gewissermaßen zur Profilbildung verdammt. Und selbst wenn sie diese nicht suchen sollten, wird sie ihnen einfach 'passieren', nämlich in Form desjenigen wissenschaftlichen Spektrums, das sie in Forschung und Lehre darstellen. Allerdings könnte eine derartige Entwicklung in kleineren Universitäten auch schmerzhafter sein als in großen. Hier geht es, wenn Fragen einer Profilbildung in Forschung und Lehre, damit einer entsprechenden Schwerpunktbildung, zu beantworten sind, immer um das Ganze, immer um die ganze Universität. Entscheidungen lassen sich, eben weil sie stets die ganze Universität betreffen, nicht verstecken. Sie gehen auch nicht im Rauschen größerer Forschungs- und Lehrprozesse unter.

Das gleiche gilt für neue Wettbewerbs- und Kooperationsstrukturen, die sich auch innerhalb des österreichischen Universitätssystems, nicht zuletzt im Zuge der Leistungsvereinbarungen, einstellen werden. Dieses System wird lernen, daß bei Abschied von der Idee einer vollständigen Universität und unter den auch in Zukunft mit Sicherheit gegebenen Bedingungen anhaltender Ressourcenknappheit Kooperation eine neue Bedeutung gewinnen wird und diese auch in der Wissenschaft ein Mittel ist, um den Wettbewerb mit Dritten besser zu bestehen. Und es wird lernen, daß die eigentlichen Wettbewerber nicht über der Straße sitzen, wo sie in verdichteten Wissenschaftsstandorten häufig noch immer gesehen werden, sondern ganz woanders – in Europa und darüber hinaus –, wenn man auf Spitzenleistungen setzt. Das müssen im übrigen partout nicht alle, aber einige schon. Sonst würde das Ganze Provinz. Und dies gilt für Österreich, das neben größeren Standorten wie Wien und Graz viele kleinere wie Linz oder Klagenfurt besitzt, ebenso wie z.B. für Bayern, das sich hinsichtlich seiner Universitätsstruktur mit Österreich vergleichen läßt und das sich jüngst auf der Basis einer Expertenempfehlung unter diesen Gesichtspunkten neu zu organisieren und zu orientieren begonnen hat.⁴

Unter Strukturgesichtspunkten bieten sich zur Standortoptimierung und Profilschärfung – zum Teil intra-, zum Teil interuniversitär – unter anderem folgende institutionellen Elemente an⁵: (1) *Departments* anstelle zu klein geschnittener Lehrstuhl- und/oder Institutsstrukturen, (2) *Zentren* als Kerne neuer Formen der Kooperation in Forschung und Lehre, vor allem für kleine Fächer eine geeignete, zugleich ihre Zukunft sichernde Organisationsform, (3) *Schools*, in denen sich, primär unter Gesichtspunkten einer Optimierung der Lehre, Fächer und Disziplinen benachbarter Wissenschaftseinrichtungen zusammenschließen, (4) gemeinsame *Campusstrukturen* dort, wo eine räumliche Konzentration großer Forschungs- und Lehrinrichtungen, gegebenenfalls unterschiedlicher Hochschulen und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, mit fachlich kohärenten Strukturen gegeben ist. Wer allein auf seinen gewachsenen Strukturen beharrt, zeigt nur, daß er nicht in Entwicklungen, in gegebenen wie selbst angestoßenen, zu denken vermag.

Im übrigen ist bei alledem ein hohes Maß an institutioneller und regionaler Differenzierung, das auch die österreichische Universitätslandschaft zeigt, Ausgangspunkt und erwartbares Resultat von sich intensivierenden Profilbildungsprozessen zugleich. Die Gründe dafür liegen einerseits in der modernen Wissenschaftsentwicklung selbst, die, wie schon betont, zu wachsender Differenzierung, im Institutionellen wie in der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit, führt, andererseits in dem Erfordernis, ein ausreichendes Lehrangebot in Verbindung mit leistungsstarken Forschungseinrichtungen vorzuhalten. Das weitere Schicksal des österreichischen Universitätssystems wird sich nicht zuletzt daran entscheiden, wie Universität und Politik mit diesem Differenzierungsprozeß umzugehen verstehen. Kreativität, die die Wissenschaft in ihren kognitiven Leistungen auszeichnet, ist auch im Institutionellen gefragt.

1) Vgl. dazu und zum Folgenden: J. Mittelstraß, Wenn sich die Forschung bewegt ... Über die Universität und die Notwendigkeit einer Reform unseres Wissenschaftssystems (mit St. A. Jansen, Humboldt 2.0), Oldenburg (Informations-, Bibliotheks- und IT-Dienste der Universität Oldenburg) 2008 (Oldenburger Universitätsreden 173), 13-29.

-
- 2) Vgl. Österreichischer Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Neuordnung des Universitätszugangs in Österreich, Juni 2007.
 - 3) Vgl. J. Mittelstraß, Abschied von der vollständigen Universität, in: P. Glotz (Ed.), Erfurter Universitätsreden I-III, München 1997, 23-46.
 - 4) Wissenschaftsland Bayern 2020, München 2005.
 - 5) Vgl. Wissenschaftsland Bayern 2020, 18-19; näher vorgestellt in: J. Mittelstraß, Wissenschaftsland Bayern 2020, in diesem Band.

Univ.Prof. Dr. Jürgen Mittelstraß
Vorsitzender des Österreichischen Wissenschaftsrates
Liechtensteinstraße 22a
1090 Wien
Zentrum Philosophie und Wissenschaftstheorie
Universität Konstanz
Juergen.Mittelstrass@uni-konstanz.de